

22.09.2007 - 12:00 Uhr

proTELL - Tagung "Zukunft Waffenrecht!?"

Olten (ots) -

Hinweis: Die Referate der Tagung können Sie kostenlos im pdf-Format unter <http://www.presseportal.ch/de/pm/100007002> heruntergeladen werden

Wahltag ist Zahltag!

proTELL, Gesellschaft für ein freiheitliches Waffenrecht hat am 22. September 2007 im Stadttheater Olten, eine Tagung zur "Zukunft des Waffenrechts" durchgeführt. Sechs hochkarätige, kompetente Referenten referierten aus der Sicht der Politik, der Armee, der Jäger und der Schützen. Die Tagung wurde von der Stadtmusik Olten bereichert mit einem musikalischen Eröffnungs- und einem Unterhaltungs-Konzert und abgeschlossen mit einem begeisternden dreiviertelstündigen Auftritt der bekannten Schweizer Volksmusik-Interpreten Sarah-Jane.

Präsident proTELL kritisiert Missbrauch medialer Mittel und undemokratische Zwängerei. Präsident Willy Pfund (a/NR FDP, SO) dankte im prallgefüllten Konzertsaal den Parlamentariern und Parlamentarierinnen, die die Anliegen von proTELL in der Revision des Waffengesetzes unterstützt haben. proTELL hat sie in der Einladung namentlich mit Photo aufgeführt und empfahl dabei diejenigen unter ihnen, die wieder kandidieren mit dem Slogan "Wahltag ist Zahltag" zur Wiederwahl. Er kritisierte den aktuellen Kampf der Gegner des privaten Waffenbesitzes, unter Bezugnahme auf die "gestellten Bilder" in der ANNABELLE 14-06, worin der Vater ein Sturmgewehr auf den Kopf der Ehefrau und die Tochter eine Pistole auf den Kopf der Mutter richtet, als entlarvender, pietätloser und populistischer Missbrauch der medialen Mittel. Die Volksinitiative "Für den Schutz vor Waffengewalt" qualifizierte der Präsident als undemokratische Zwängerei. Sie missachte sowohl die Volksabstimmung über das Schengen-Abkommen (5.6.2005), womit das Schweiz. Waffengesetz an das EU-Waffenrecht angepasst wurde, wie auch die von den Eidg. Räten erst am 22.6.07 verabschiedete Waffengesetz-Revision und nehme alle Verschärfungen, die dabei nicht durchgesetzt werden konnten wieder auf.

NR Borer (SVP, SO) stellt als damaliger Kommissionssprecher der Waffengesetz-Revision fest, mit der Revision sollten die Lücken, die sich in der praktischen Anwendung des Waffengesetzes vom 1.1.1999 ergeben haben, geschlossen werden. Die Änderungen würden sich für Schützen, Jäger und Sammler in akzeptablen Grenzen halten. Nicht vom Tisch sei leider nach wie vor aber die Entwaffnung der Angehörigen der Armee.

Brigadier Favre: Heimaufbewahrung der persönlichen Waffe für die Glaubwürdigkeit der Milizarmee von fundamentaler Bedeutung. Für Brigadier Favre (Kdt Geb Inf Br 10) sind die Milizarmee und der Bürger-Soldat grundlegende Elemente des helvetischen Bündnisses, ein Gesellschaftsprojekt, das sich auf die Eigenverantwortlichkeit des Einzelnen stützt. Die Heimaufbewahrung der persönlichen Waffe ist für die Glaubwürdigkeit der Armee von fundamentaler Bedeutung. Der

Verzicht würde Schwächung der operativen Bereitschaft der Verbände in Notfällen, Reduktion der Ausbildungszeit während den Truppendiensten und bedeutende Mehrkosten im logistischen Bereich verursachen. Der Schiesssport würde zur Randsportart mutieren. Jagd ist für

NR Steiner (FDP, SO): Jagd und Jäger - verantwortungsbewusster Umgang mit der Waffe. Jagd ist für NR Steiner keine Tätigkeit aus verwerflicher Schiesslust oder krankhafter Freude am Töten von Tieren, sondern Freude an einer intakten Natur und Verantwortung gegenüber Tierwelt, Wald und Flur. Der Jäger habe sich bis zu seiner Patentierung darüber und über entsprechende, weitreichende Kenntnisse in Theorie und Praxis auszuweisen. Der Jäger wisse schon seit eh und je verantwortungsbewusst mit seiner Waffe umzugehen. Die Gefahr geht nicht primär von der Waffe selbst, sondern wie auch das Ausland beweist, vom gewaltbereiten Menschen aus, der mangels Waffe für seine Tat zu einem anderen gefährlichen Gegenstand greifen würde.

SR Büttiker (FDP, SO): Volksinitiative zerstört Vertrauen zwischen Regierung und Volk. Für SR Büttiker ist diese Volksinitiative ein fundamentaler Angriff auf das seit Vertrauensverhältnis zwischen dem Bürger-Soldaten und der Regierung in unserem Staat. Seit 150 Jahren weisst sich der Schweizer unter anderem mit dem Obligatorischen Programms und durch das ausserdienstliche Schiesswesen dieses Vertrauens würdig. Das Ausland beneidet uns seit jeher darum. Mit der Annahme der Initiative würde der Pfad des totalitären Staates betreten. Der nächste Schritt wäre das Verbot des privaten Waffenbesitzes, das heisst das staatliche Waffenmonopol. Die Demokratie würde mit der Zeit zur "Volksdemokratie", zu einem jener Staatssysteme der jüngsten Geschichte, in welchen ausgerechnet das Volk nichts zu sagen hatte. Mit der Initiative wird versucht, an der Demokratie und an deren Grundfesten langsam Steinchen für Steinchen loszusprengen, bis das demokratische Haus einstürzt. Dazu ist den Initianten jedes Mittel und jede Methode recht.

NR Büchler (CVP, SG): Schützen und Soldaten werden kriminalisiert, Ziel Abschaffung Armee. NR Büchler beleuchtet die Zukunft des Waffenrechts als Präsident des St. Gallischen Kantonalschützenverbandes. Für die Zustimmung zum Verfassungsartikel für den Erlass eines Schweiz. Waffengesetzes ist dem Bürger zugesichert worden, dass damit die Grundlage für eine reine Missbrauchsgesetzgebung geschaffen werde. Mit Verzicht auf Heimabgabe der persönlichen Waffe und der Taschenmunition wird dem Soldaten das bisherige Vertrauen entzogen. Mit der Volksinitiative wird die Entwaffnung des Volkes vorangetrieben. Verantwortungsbewusste Schützen und Soldaten werden damit kriminalisiert. Die Anti-Waffen-Kampagne operiert mit der Angst und mit massiv übertriebenen Zahlen von Suiziden mit Armeewaffen und hat zum Ziel eine Schweiz ohne Armee.

Rita Fuhrer, Präsidentin des Schweizer Schiesssportverbandes (SSV): Soldaten und Schützen müssen als Sündenböcke herhalten: Im Schlusswort hält die Präsidentin des SSV, Rita Fuhrer (SVP, ZH) fest, dass der Gesellschaft mehr denn je die Verfügbarkeit der Waffe als Ursprung für Suizide und Tötungsdelikte suggeriert werde. Den Kritikern und Politikern sollte klar sein, dass in unserer Gesellschaft ganz andere Dinge verändert werden müssen, wenn häusliche Gewalt verhindert werden soll. Es liegt jedoch im Trend, für die Probleme der Gesellschaft Sündenböcke zu finden. Der Soldat und die Schützen müssen gegen den Waffenmissbrauch als Sündenböcke herhalten, damit man die wirklichen Hintergründe dieser Taten nicht durchleuchten müsse. Der Erlass eines flächendeckenden Gesetzes ist die Rechtfertigung, dass etwas getan wurde. Die gemeinsamen Erlebnisse verlieren an Stellenwert. Es ist umso dringender, dass

alle am Schiesssport Interessierten zusammenstehen. Wir müssen den Mut und das Engagement aufbringen und uns mit einer klaren und unmissverständlichen Haltung exponieren.

Engagierter Kampf für eine verantwortungsbewusste, freiheitliche Waffenrechtspolitik. Der Präsident forderte die Tagungsteilnehmer für die Eidg. Wahlen vom 21. Oktober auf: "Waffenbesitzer müssen Politik machen, nicht Parteipolitik, sondern verantwortungsbewusste Waffenrechts-Politik, sonst wird mit ihnen Politik gemacht" und zum engagierten Kampf gegen die Volksinitiative auf.

Kontakt:

Willy Pfund a/NR
Präsident proTELL
Tel.: +41/61/703'04'77
Mobile: +41/79/645'02'20

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100007002/100545431> abgerufen werden.